

KLIMA UND RECHT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE KLIMARECHT

Herausgeber: Prof. Dr. Jelena Bäumler, Lüneburg; Prof. Dr. Thorsten Beckers, Weimar; Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn; RA Dr. Frank Fellenberg, Berlin; Prof. Dr. Claudio Franzius, Bremen; Prof. Dr. Annette Guckelberger, Saarbrücken; RA Prof. Christian Held, Berlin; Prof. Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof, Düsseldorf; Prof. Dr. Alexander Proell, Hamburg; Prof. Dr. Michael Rodi, Greifswald/Berlin; Dr. Simon Schäfer-Stradowsky, Berlin; Prof. Dr. Cathrin Zengerling, Freiburg

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Rodi und Dr. Simon Schäfer-Stradowsky

KlimR 3/2026

März 2026 · Seite 65–96

5. Jahrgang · www.klimr-beck.de

Editorial

Pieces of Resilience: Zwischen Krise und Transformation

Nur wenige Konzepte haben in den letzten Jahren so viel Bedeutung erlangt wie Resilienz. Einst ein Fachbegriff aus der Ökologie und dem Ingenieurwesen, ist er heute zu einem zentralen Thema in der Klimapolitik, der Umweltpolitik und internationalen Sicherheitsdebatten geworden.

Die jüngsten globalen Entwicklungen erklären diesen Bedeutungszuwachs. Gleichzeitig zeigen geopolitische Spannungen, Energiekrisen und anhaltende bewaffnete Konflikte, wie eng Umweltpolitik, Energiesicherheit, wirtschaftliche Stabilität und geopolitische Ordnung miteinander verflochten sind. Zusammen bilden diese Entwicklungen das, was zunehmend als „Polykrise“ bezeichnet wird: sich überschneidende und gegenseitig verstärkende Schocks, die bestehende Regierungsstrukturen herausfordern.

Doch trotz seiner weit verbreiteten Verwendung in Governance-Debatten bleibt Resilienz ein mehrdeutiger Begriff in Recht und Politik. Im Gegensatz zu etablierten Rechtsgrundsätzen wie Prävention, Vorsorge oder Nachhaltigkeit erscheint Resilienz selten als klar definierte rechtliche Verpflichtung. Diese Mehrdeutigkeit ist sowohl eine Stärke als auch eine Herausforderung. Einerseits bietet Resilienz einen flexiblen Rahmen, der mehrere Politikbereiche miteinander verbindet – von der Anpassung an den Klimawandel und der Katastrophenvorsorge bis hin zur Energiesicherheit und dem Wiederaufbau nach Konflikten. Andererseits birgt die mangelnde konzeptionelle Klarheit die Gefahr, dass Resilienz zu einem politischen Schlagwort wird und nicht als operativer Leitfaden für rechtliche und institutionelle Reformen dient.



Eine wichtige Veränderung in den jüngsten Debatten betrifft die Bedeutung von Resilienz selbst. Frühere Interpretationen betonten die Fähigkeit von Systemen, sich nach Schocks wieder zu erholen („bounce back“). Zunehmend wird Resilienz jedoch als die Fähigkeit verstanden, sich nach vorne zu entwickeln („bounce forward“). Im Kontext der Klimapolitik und der Energiewende würde eine Rückkehr zu den Bedingungen vor der Krise oft bedeuten, Systeme wiederherzustellen, die bereits ökologisch nicht nachhaltig oder geopolitisch fragil waren. Diese Entwicklungen unterstreichen eine zentrale Frage für Recht und Politik: Resilienz wovon, gegenüber was und für wen? Die Herausforderung besteht daher nicht darin, Resilienz als neues Leitkonzept zu übernehmen, sondern ihre „Bestandteile“ zu klären. Resilienz darf nicht nur ein politisches Schlagwort bleiben, sondern muss als eine Reihe konkreter Governance-Instrumente verstanden werden. Dazu muss auch untersucht werden, wie Resilienz bestehende Instrumente des Umwelt- und Klimarechts durch adaptive Regulierung, iterative Überprüfungsmechanismen und sektorübergreifende Koordination ergänzen kann, anstatt sie zu ersetzen.

Wenn man Resilienz auf diese Weise versteht, kann sie nicht nur als rhetorisches Mittel dienen, sondern als konstruktive Linse, um in Zeiten tiefgreifender Unsicherheit durch die Governance zu navigieren. Da Umwelt-, Klima- und Sicherheitsherausforderungen zunehmend miteinander verflochten sind, besteht die Aufgabe darin, sicherzustellen, dass Resilienz zu einer Transformation beiträgt, die nicht nur anpassungsfähig, sondern auch gerecht, demokratisch und nachhaltig ist.

Ievgeniia Kopytsia, Associate Professor, Nationale Rechtsuniversität Jaroslaw Mudryi (Charkiw, Ukraine)